

BLLV-Kreisverband im Gespräch mit Innenstaatssekretär Gerhard Eck



Zu einem Gespräch über die zunehmende Zahl von Flüchtlingskindern an den Schulen in der Stadt und im Landkreis trafen sich Vertreter des BLLV-Kreisverbandes (Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband) mit Innenstaatssekretär Gerhard Eck.



„Die derzeitige Flüchtlingssituation ist für die Schulen eine Riesenherausforderung“, begann BLLV-Kreisvorsitzender Walter Schäffer. Gelingen deren Integration, sei dies eine große Chance. Misslinge diese, stehen wir vor großen Problemen.

In diesem Zusammenhang dankte BLLV-Vizepräsident Tomi Neckov für die zusätzlichen 1700 Lehrerplanstellen im Nachtragshaushalt. Dies sei ein klares, starkes Signal an die Schulen und unterstreiche deren Bedeutung für die Integration von Flüchtlingskindern.

Da der Freistaat stets auf Finanzen und Wirtschaft geschaut habe, sei dies finanzbar, betonte Innenstaatssekretär Gerhard Eck. Bayern sei das einzige Bundesland, das immer wieder Geld in die Integration investiert habe und dies jetzt wieder tue. „Die Menschen sind da, ob wir wollen oder nicht“, stellte er

fest. „Wir haben die Aufgabe dafür zu sorgen, dass Menschen, die bedroht werden, geschützt werden müssen.“ Würden diese Aufgaben auf ganz Europa verteilt, in jedes Dorf, sei es machbar. „Wir müssen diese Aufgabe gezielt anpacken, dass wir keine Ghettos kriegen“, sagte Eck.

An den Schulen laufe die Integration der Flüchtlingskinder gut, erklärte Schäffer. Aber dies oft nur Dank privatem Engagements von ehrenamtlichen Helfern. Für viele Schulen sei die Belastungsgrenze erreicht, ein Ende des Flüchtlingsstroms nicht absehbar. Es müssten zum einem sinnvolle Lösungen vor Ort gefunden und gleichzeitig die offenen Lehrerstellen besetzt werden. Dazu müssten Kompetenzen nach unten verlagert werden.

Ein zentrales Problem sei, so der BLLV-Vorsitzende, die fehlende Information, welche Schüler kommen wann an welche Schule und wie lange werden diese bleiben. Hier sei eine verstärkte Zusammenarbeit von Landratsamt und Schulamt notwendig. Nötig sei ebenfalls eine verstärkte Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ und „traumatisierte Kinder“. Dazu brauche man eine logistische Unterstützung vor Ort, zum Beispiel Übersetzer oder eine Telefonhotline, sowie eine spürbare Entlastung in der Schulleitung und in der Verwaltung.

Eck plädierte für Lösungen vor Ort und forderte mehr Selbstverantwortung für die Schulen. Unabdingbar seien hier eigene Budgets für die Bezirksregierungen. Weiter sprach er sich für vernünftige Verträge für angestellte Lehrer aus.



Insgesamt kamen BLLV und Eck zu folgenden Ergebnissen: Die Beschulung der Flüchtlingskinder ist eine wichtige Aufgabe für Schule und Lehrerschaft. Der BLLV Schweinfurt erkennt die Leistung des Freistaates (160 Millionen Euro im Nachtragshaushalt) ausdrücklich an. Ziel müsse es sein, so Schäffer, diese Mittel so einzusetzen, dass dezentrale, sinnvolle Lösungen vor Ort gefunden werden.

Wichtige Voraussetzungen dafür seien, die frühzeitige Informationen über die Anzahl der Flüchtlingskinder, bevor diese an den Schulen ankommen. Dazu sei eine regionale Koordination von Landratsamt und Schulamt notwendig sowie ein verlässlicher Ansprechpartner am Schulamt.

Unbürokratische solle Lehrpersonal angestellt werden dürfen wie zum Beispiel abgewiesene Wartelistenbewerber. Dazu müssen attraktive Anstellungsverträge für Gymnasial- und Realschullehrer geschaffen werden.

Dazu müssten flexible dezentrale Budgets auf den Ebenen der Bezirksregierungen geschaffen und Kompetenzen wie beispielsweise Personalhoheit auf Schulamts- oder sogar Schulebene verlagert werden.

Die zeitliche Mehrbelastung für die Verwaltungsangestellten an den einzelnen Schulen müsse durch die Schaffung eines „Schlüssels“ für die Arbeitszeit angerechnet werden, beispielsweise analog dem bei Abschlussklassen, die für die Zuteilung doppelt gezählt werden.

Text und Bilder von unserem Mitglied Horst Fröhling